

# Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben von der Zentralstelle des hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

An Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: HANSA 2447—51

Nr. 25

Hamburg, den 20. Juni 1919.

4. Jahrg.

## Inhalt:

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik .....	Seite 465
Die Entschädigungsgemeinschaften in der Baumwollspinnerei und -Weberei .....	„ 467
<b>Länder-Berichte:</b>	
England .....	„ 468
Argentinien .....	„ 471
Brasilien .....	„ 473

## Weltwirtschaftliche Übersichten:

Geld und Kapital .....	Seite 474
Schiffahrt und Schiffbau .....	„ 477
Rohstoffe und Warenmärkte .....	„ 479
Getreide und Futtermittel .....	„ 481
Vermischtes .....	„ 482
Wichtige Neueingänge .....	„ 483

## Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

Wenn vor einem Jahrzehnt ein unabhängiger Betrachter, gleich frei von bürgerlichen und von proletarischen Vorurteilen, ein Zukunftsbild von den wirtschaftspolitischen Debatten des ersten sozialdemokratischen Parteitag nach dem Sieg der sozialen Revolution entworfen hätte: es hätte in keinem wichtigen Zuge von dem Verlauf der Dinge in Weimar abzuweichen brauchen. Die Grundzüge der Konstellation waren durch die Eigenart des sozialistischen Parteiprogramms und der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbürokratie gegeben und voraussehbar. Die neuen Bedingungen, die durch Krieg und Umsturz, Waffenstillstand und Blockade geschaffen sind, haben Verschärfungen, nicht Änderungen jener Züge bewirkt; wo diese eine Tendenz zur Vorsicht und zum Zögern zeigten, hat man sich durch jene zu stärkerer Vorsicht und nachhaltigerem Zögern bestimmen lassen. Ob man auf die gleichen Umstände nicht mit durchaus entgegengesetzten Entschlüssen antworten konnte, sei dahin gestellt: es genügt daran zu erinnern, daß die meisten Motive, deren sich Menschen bewußt werden, nachträgliche sind und mehr die Rechtfertigung als die Ursache ihrer Taten und Unterlassungen bedeuten.

Sieben Monate sind seit den Novembertagen vergangen. Eine Anzahl wichtiger sozialpolitischer Gesetze ist erlassen. Die Grundsätze einer sozialistischen Wirtschaft sind, wenn auch nur in vagen Umrissen, vorgezeichnet. Aber niemand ist mit dem neuen Stand der Dinge zufrieden. Auch dort, wo keine ausländischen Rohstoffe fehlen, kommen Industrie und Handel nur langsam und stockend in Gang. In immer kürzeren Abständen erschüttern politische und wirtschaftliche Streiks die Märkte; Berufung auf wachsende Teuerung dient neuer Lohnbewegung, Steigerung der Löhne zwingt zu erhöhter Inflation und zu weiterem Heraufschrauben der Preishöhe; der circulus vitiosus von Übel, Forderung, Gewährung, Mehrung des Übels und neuer Forderung scheint undurchbrechbar, ebenso der andere Kreis, in dem sich geringe Arbeitsintensität infolge schlechter Ernährung und geringe Lebensmitteleinfuhr

infolge niedriger Arbeitserträge in verhängnisvoller Logik aneinander schließen. Kein neuer Gedanke ist seit dem Ausbruch der Revolution von irgend einem sozialistischen Minister verkündet, kein sicherer Weg zur Verwirklichung der alten Forderungen gezeigt worden. Die Massen, die von der Einführung der sozialistischen Lebensordnung das Wunder erwartet haben, werden die leichte Beute radikaler Agitatoren, die den Anbruch des tausendjährigen Reiches verkünden. Es wird viel geredet und wenig getan, viel verwaltet und wenig geschaffen. Kein Allgemeingeist durchweht das Ganze, kein Funke springt vom Führenden zum Geführten über, Deutschland ist ein Trümmerhaufen und ein Name.

Endlich steht ein Minister auf und spricht das Bedrückende des Zustandes aus. Die Sozialdemokratie hat, nach dem Bekenntnis Wissells, zur Herrschaft gelangt, ihre Versprechungen nicht einlösen können. Schuld daran ist die Zwiespältigkeit der Kabinettpolitik, aber nicht diese allein: versagt haben nicht nur die bürgerlichen Minister. Das Volk verlangte nach höheren Lebensformen; die Regierung hat sie nicht zu schaffen vermocht, sie hat keinen festen Plan und hat den beseelenden Geist nicht, aus dem allein das Ganze umgeschaffen werden könnte. An Stelle der alten Bürokratie und des alten Heeres ist eine neue Bürokratie und ein neues Heer getreten, deren Maximen im Grunde nicht viel verändert sind. Auch die seelische Verfassung der Massen ist unverändert, und auch daran sind, nach Wissell, die Führenden schuld; denn die sozialistische Agitation hat immer nur in den ökonomischen Triebkräften des Sozialismus das Entscheidende gesehen, nicht in der Härting des sittlichen Willens. Es ist zu viel von Rechten und zu wenig von Pflichten geredet worden, zu viel von dem Paradiese und zu wenig von den strengen Forderungen schöpferischer Notwendigkeiten. Der Gedanke der bloßen Übernahme der Produktionsmittel in Gemeinschaftsbesitz war ein Irrweg; sie ändert an der kapitalistischen Produktionsweise nicht das geringste, wenn nicht der Sozialisierung der Wirtschaft durch eine plan-

mäßige Umbildung ganzer Industriezweige vorgearbeitet wird; es gilt erst die Vorbedingungen des Sozialismus zu schaffen, sowohl die wirtschaftlichen wie die geistig-seelischen . . .

Die Rede bewegt die Teilnehmer tief, mehr noch als Bekenntnis, denn als Angriff. Mehrere der folgenden Bedner bezeugen, daß Wissell nur ausgesprochen hat, was die meisten empfunden haben. Dennoch wird die Debatte beherrscht von zwei gegnerischen Äußerungen, die sich erbittert gegen den Reichswirtschaftsminister richten und die nach Inhalt und Taktik erstaunlich genug sind.

Der erste, Eduard David, beklagt, daß die ministeriellen Taten der neuen Regierung nicht genug bewundert würden. Hierüber werden sich die Gegner schwerlich verständigen. Er wirft dann Wissell vor, daß er die „Vollsozialisierung“ erstrebe — ein Mißverständnis, das nach der Wissellschen Rede kaum begreiflich ist; denn es war darin gesagt, daß nicht einmal beim Kohlenbergbau die volle Sozialisierung ratsam sei, noch weniger in andern Industriezweigen, in denen erst die Vorbedingungen für einen sozialisierenden Eingriff geschaffen werden müßten; noch auf lange Zeit hinaus habe Deutschland mit dem Fortbestehen kapitalistischer Wirtschaftsmethoden zu rechnen. Der Hieb trifft also ins Leere. Wenn David schließlich von der Enttäuschung sprach, die das mangelnde Pflichtgefühl der Arbeiter und das Fehlschlagen aller Regierungsappelle bedeute, so ist damit wiederum nur eine Wissellsche Feststellung unterstrichen. Es scheint aber, daß zugleich darin ein Zweifel ausgesprochen sein soll: ob man überhaupt die neue Wirtschaft auf andere als materielle Fundamente gründen dürfe.

Auch der zweite Gegner, der Reichsernährungsminister Robert Schmidt, glaubt nicht viel an die Wirksamkeit ideeller Triebkräfte: „Die Arbeiter fragen, was es einbringt, ehe sie sich einer Partei anschließen. Könnten wir den Arbeitern materielle Vorteile bieten, unsere Arbeit wäre wesentlich erleichtert. Das Wort Wissells, daß Schmalhans noch lange Küchenmeister sein wird, wird auch nicht gerade Begeisterung erwecken“. Es scheint demnach auch bei den Arbeitern so zu stehen, daß geistige Motive nur dann auf Wirkung rechnen können, wenn die ökonomischen in die gleiche Richtung geschaltet sind. In der sozialistischen Agitation wird der Sachverhalt nicht selten anders geschildert. Im übrigen war von Wissell überhaupt nicht behauptet worden, daß die Umwendung des sittlichen Willens ausreiche, um einen Neubau der Wirtschaft zu gewährleisten. Er unterscheidet sich nur darin von David und Schmidt, daß er an die Möglichkeit einer geistig-moralischen Wendung glaubt, während diese einen Aufruf der sittlichen Kräfte des Proletariats, wie es scheint, für wenig wirksam halten . . . Damit hätten die Hoffnungen auf eine Regeneration unserer moralischen Welt durch die Herrschaft der Arbeiterklasse einen Tiefpunkt erreicht — nicht unerwartet von dem, der die Natur des Menschen und der Massen kennt, verhängnisvoll nur für alle diejenigen, die sich aus ideologischen Motiven der Sozialdemokratie verbündet hatten, weil sie von ihr eine Überwindung des materialistischen und ökonomistischen Zeitgeistes erhofft hatten.

Bei der Beurteilung der übrigen Einwände und der Kampfesart des Reichsernährungsministers muß man sich gegenwärtig halten, daß zwischen Wissell und Schmidt nicht nur starke sachliche Differenzen in der Goldfrage bestehen (Schmidt will das Gold in erster Linie zur Bezahlung von Lebensmitteln, Wissell zur Bezahlung von Rohstoffen verwenden), sondern daß die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums die Notwendigkeit eines selbständigen Reichsernährungsministeriums überhaupt verneint hat. Entscheidend für

die Maßnahmen des Reichsernährungsministeriums sollen die Entscheidungen des Wirtschaftsausschusses des Kabinetts sein, dem nur der Reichsfinanzminister, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsarbeitsminister angehören sollen. Daß die selbständige Regelung von Einfuhrfragen durch das Ernährungsministerium eine unnötige Komplizierung der schon hinreichend verwickelten Kompetenzen bedeutet, ist von uns bereits in unserm Aufsatz: „Der Staat und der Getreidehandel“ („W.-D.“ 1919 Nr. 6) gezeigt worden. Es ist verständlich, daß der Ernährungsminister über diese Frage anders denkt. Seine wenig urbane Art, die übrigens auch in seiner Antwort auf das landwirtschaftliche Ultimatum bemerkt wurde, mag sich an dieser immerhin kardinalen Differenz besonders lebhaft entzündet haben.

Dagegen ist es schlechthin unverständlich, daß die bürgerlichen Blätter, die im Kampf für den freien Handel die lautesten Rufer sind, sich über den Schmidtschen Vorstoß höchst erfreut zeigen. Ihre Abneigung gegen das Reichswirtschaftsministerium geht so weit, daß sie auf einen Sieg des Reichsernährungsministers hoffen und nicht sehen, daß Herr Schmidt seinen Kollegen nicht wegen seiner zu großen, sondern wegen seiner zu geringen Sozialisierungsfreudigkeit angegriffen hat. Er wirft ihm vor, die gemeinwirtschaftliche Regelung des Kohlenbergbaus, wie sie von der Regierung geplant ist sei so schwächlich, daß sie überhaupt nicht den Namen einer sozialistischen Maßnahme verdiene. Zur Sozialisierung des Kalibergbaus sei das Wirtschaftsministerium von bürgerlicher Seite gedrängt worden. Das Ernährungsministerium wisse Gebiete, wo sogar die „Vollsozialisierung“ — möglich wäre, zum Beispiel beim Getreidemonopol, das aber wohl am Widerstand des Wirtschaftsministeriums scheitern werde. Das Räte-system, das in der Denkschrift vorgeschlagen wird, fördere zunächst einmal die Kartell- und Trustbildung. . . . Ob man damit nicht einen Rückfall in die despotische Kapitalherrschaft ermöglicht, sei einstweilen zweifelhaft. . . .

Nun ist zwar unschwer einzusehen, aus welchen Gründen die Verfechter des Laissez faire sich gegen die Wissell-Moellendorfsche „Planwirtschaft“ erklären, wie unbestimmt auch die Grenzen und Ziele dieses neuen Wirtschaftssystems erachtet werden mögen: die Zeit der unbeschränkten Selbstbestimmung des Einzelunternehmens wird mit ihm abgeschlossen sein. Daß aber ein Marxist sich einem organisatorischen Zusammenschluß ganzer Industriezweige zu einheitlichen Wirtschaftskörpern widersetzt, ist sehr erstaunlich. Nach Marx ist die Konzentration der Betriebe die Vorbedingung der sozialistischen Regelung. Wenn diese Konzentration auf den Gebieten, wo das freie Spiel der Kräfte sie noch nicht herbeigeführt hat, durch den Eingriff des Staates beschleunigt und zugleich in gemeinwirtschaftliche Bahnen gelenkt wird, so darf der Freihändler, schwerlich aber der Marxist beunruhigt sein.

Zieht man den demagogischen Zweck des Arguments ab, so bleibt noch eine gewisse Unsicherheit gegenüber allem erkennbar, was nicht schon von weitem durch Dialekt und Dialektik an die Marxsche Lehre erinnert. Herr von Moellendorff würde seinem Minister die Verfechtung seiner Vorschläge vor den Gestrengen seiner Partei vielleicht erleichtern, wenn er diesen Dialekt besser beherrschte; es ist in seiner Denkschrift zu viel von Gerechtigkeit und Verantwortung und zu wenig von „Proftrate“, „Expropriation“ und „gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit“ die Rede.

Auch diese Situation hat sich, mit einigem Scharfblick, voraussehen lassen.

Kurt Singer